sozialistischen Internationalismus zugrunde. Nach Art. 2 Ziff. 1 der Charta der → *Organisation der Vereinten Nationen* ist das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten ein allgemeinverbindliches, zwingendes Grundprinzip des geltenden → *demokratischen Völkerrechts*. Die von der XXV. UNO-Vollversammlung einstimmig angenommene „Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts, betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen“ vom 24. 10. 1970 erläutert und präzisiert den Inhalt dieses Grundprinzips mit den Feststellungen: „Alle Staaten genießen souveräne Gleichheit. Sie haben gleiche Rechte und Pflichten und sind ungeachtet wirtschaftlicher, sozialer, politischer und anderer Unterschiede gleiche Mitglieder der internationalen Gemeinschaft. Die souveräne Gleichheit umfaßt insbesondere folgende Bestandteile:

a) Die Staaten sind juristisch gleich; b) jeder Staat genießt die der vollen Souveränität inwohnenden Rechte; c) jeder Staat hat die Pflicht, die Völkerrechtssubjektivität der anderen Staaten zu achten; d) die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit des Staates sind unverletzlich; e) jeder Staat hat das Recht, frei seine politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Systeme zu wählen und zu entwickeln; f) jeder Staat hat die Pflicht, seine internationalen Verpflichtungen strikt und nach Treu und Glauben zu erfüllen und mit den anderen Staaten in Frieden zu leben.“ Diese auf Grund der Initiative und des Einflusses der sozialistischen und anderer antiimperialistischer Staaten möglicherweise international rechtliche Fixierung des Grundprinzips der souveränen Gleichheit der Staaten ist eine wichtige Waffe im Kampf gegen imperialistische Aggressions-, Interventions- und Unterdrückungspolitik.

Sie dient der Verwirklichung der Gleichberechtigung und des → *Selbstbestimmungsrechts der Völker* und der Gewährleistung der internationalen Sicherheit. Deshalb verteidigen die sozialistischen Staaten entschieden das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten gegen alle imperialistischen Versuche, im Interesse der globalen Machtpolitik der stärksten imperialistischen Mächte dieses Prinzip praktisch zu mißachten und theoretisch auszuhöheln. → *VolksSouveränität*

Staatliches Vertragsgericht: dem Ministerrat der DDR unterstelltes zentrales staatliches Organ der Wirtschaftsleitung zur Sicherung und Kontrolle der Einhaltung der Staatsdisziplin bei der Vorbereitung und Erfüllung der → *Wirtschaftsverträge*. Das S. V. realisiert seine Aufgaben mit spezifischen Arbeitsmethoden, indem es durch die Entscheidung in Schiedsverfahren, in enger Verbindung mit Kontroll- und Auswertungsmaßnahmen, Signalisations- und Informationstätigkeit, auf die Beseitigung von Widersprüchen einwirkt, die den planmäßigen Ablauf des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses hemmen. Es entscheidet in Schiedsverfahren über Streitfälle bei der Gestaltung und Erfüllung von Wirtschaftsverträgen und über sonstige vermögensrechtliche Streitfälle zwischen sozialistischen Betrieben, sozialistischen Genossenschaften, staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen; über die Sicherung der Erfüllung von Wirtschaftsverträgen und - soweit dies in Rechtsvorschriften vorgesehen ist - über die Verhängung einer Wirtschaftssanktion. Das S. V. führt Schiedsverfahren entweder auf Antrag eines Partners oder auf Grund eigener Feststellungen ohne Antrag durch. Es entscheidet unter Mitwirkung von ernannten Schiedsrichtern aus der Wirtschaftspraxis. Das S. V. gliedert sich in das Zentrale